

Solidarität mit Israel

Beschluss des DGB-Bezirksvorstandes Bayern am 17. Oktober 2023

Mit größtem Entsetzen müssen wir täglich neue Nachrichten über die menschenverachtenden Attacken der Terrororganisation Hamas auf Israel und seine Zivilbevölkerung beobachten. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen diese Barbarei aufs Schärfste. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen in Israel, über die durch terroristische Attacken unsägliches Leid gebracht wurde.

Wir sind in tiefer Trauer um die vielen Menschen, die völlig unvorbereitet in der Geborgenheit ihrer sicher geglaubten Wohnungen, in der Öffentlichkeit oder auf Veranstaltungen getroffen wurden. Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer. Das Leid, welches israelische Geiseln und ihre Angehörigen gegenwärtig durchleben, ist für uns unvorstellbar.

Als DGB Bayern wollen wir in aller Deutlichkeit formulieren: Diese menschenverachtenden Terrorattacken der Hamas auf Israel und seine Bevölkerung sind durch nichts zu rechtfertigen. Der schockierende Terror der Hamas hat nicht nur in Israel schreckliches Leid verursacht, er bringt auch neues Leid über viele unschuldige Menschen im Gaza-Streifen.

Uns besorgt auch die schlimme und hoffnungslose Situation der Menschen in den palästinensischen Gebieten. Unsere feste Überzeugung ist, dass Frieden nicht mit Waffen, sondern nur mit Diplomatie, Respekt und Annäherung gesichert werden kann. Dieser Frieden ist durch den terroristischen Angriff der Hamas leider so weit entfernt, wie lange nicht. Lasst uns dennoch unbeirrt weiter für Frieden und Verständnis werben und gleichzeitig immer und überall solidarisch mit allen Jüdinnen und Juden einstehen.

Mit tiefer Sorge blicken wir ob dieser Entwicklungen auf die Zukunft der Menschen in Israel und den Staat Israel als sicheren Zufluchtsort für die jüdische Bevölkerung weltweit. Terroristische Gruppen müssen entwaffnet werden, künftige Hilfsmittel und -gelder streng auf die ausschließliche Verwendung für Zivilist:innen geprüft werden.

Wir verurteilen auch die Solidaritätsbekundungen mit den Aktionen der Hamas auf deutschen Straßen. Sicherheitsbehörden müssen ihre Anstrengungen verstärken, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern und ganz Deutschland sowie jüdische Einrichtungen zu schützen.